

# BGH VIII ZR 159-23 Auszug

Seite 1

AMTSGERICHT BIELEFELD

Abteilung 34 (Zivilsachen / Mietsachen) · Niederwall 71 · 33602 Bielefeld

BUNDESGERICHTSHOF

VIII. Zivilsenat

URTEIL

Az.: VIII ZR 159/23

Verkündet am: 27. November 2024

In der Revisionsinstanz der Rechtssache

Pferdedrescher-Riesenstein ./ Eberhart-Wolframshausen

(Vorinstanz: LG Bielefeld, Az. 14 S 88/23, Urteil vom 20.06.2023)

TENOR

Die Revision der Klägerin gegen das Urteil des Landgerichts Bielefeld vom 20. Juni 2023 wird zurückgewiesen.

Die Klägerin trägt die Kosten des Revisionsverfahrens.

LEITSÄTZE

a)

Die Kündigung eines Wohnraummietverhältnisses gemäß SS 568 Abs. 1 BGB kann durch die elektronische Form nach SS 126a Abs. 1 BGB ersetzt werden; SS 568 Abs. 1 BGB schließt die elektronische Form nicht aus.

b)

Ein qualifiziert elektronisch signiertes Dokument entspricht grundsätzlich der Schriftform des SS 568 Abs. 1 BGB, wenn die Signatur gemäß den Anforderungen der eIDAS-Verordnung und SS 126a BGB erstellt wurde.

c)

Der formgerechte Zugang einer empfangsbedürftigen Willenserklärung in elektronischer Form (SS 126a BGB) setzt voraus, dass dem Erklärungsgegner das elektronische Dokument selbst zugeht. Der Ausdruck eines qualifiziert elektronisch signierten Dokuments mit einem gerichtlichen Transfervermerk nach SS 298 Abs. 3 ZPO bewirkt den formgerechten Zugang der Willenserklärung beim Erklärungsgegner nicht, da der Empfänger die qualifizierte elektronische Signatur am Ausdruck nicht prüfen kann (SS 130 Abs. 1 S. 1 BGB).

ENTSCHEIDUNGSGRÜNDE (Auszug)

I. Sachverhalt

Die Klägerin ist Vermieterin der Wohnung Eckendorfer Straße 188, App. 4 OG, 33609 Bielefeld. Der Beklagte ist seit 01.04.2017 Mieter. Die Klägerin hat am 10.02.2022 die außerordentliche fristlose Kündigung sowohl per WhatsApp-Sprachnachricht als auch per E-Mail mit PDF-Anhang ohne qualifizierte elektronische Signatur (qES) erklärt. Diese Kündigungserklärungen wahren die Schriftform des SS 568 Abs. 1 BGB nicht. Mit Klageschrift vom 09.03.2022 hat die Klägerin erneut fristlos gekündigt; der Schriftsatz war mit einer qES versehen, wurde jedoch dem Beklagten – der nicht anwaltlich vertreten ist – durch Ausdruck mit Transfervermerk nach SS 298 Abs. 3 ZPO zugestellt.

II. Rechtliche Würdigung

Seite 2

Der Senat folgt dem Landgericht Bielefeld in der Beurteilung, dass der Ausdruck des qES-Schriftsatzes mit Transfervermerk den formgerechten Zugang der Kündigung beim Mieter nicht bewirkt. SS 130 Abs. 1 S. 1 BGB fordert, dass die empfangsbedürftige Willenserklärung in der vorgeschriebenen Form zugeht. Da die Schriftform hier durch die elektronische Form des SS 126a BGB ersetzt wurde, muss das elektronische Dokument selbst beim Empfänger ankommen.

Ein Ausdruck eines qES-Dokuments ist kein elektronisches Dokument. Der Transfervermerk nach SS 298 Abs. 3 ZPO dokumentiert lediglich die Integrität des elektronisch eingereichten Dokuments für den Aktenvorgang des Gerichts, nicht aber den formgerechten Zugang beim Erklärungsgegner. Dieser kann am Papierendokument die qES nicht prüfen.

UNTERSCHRIFTEN

Vorsitzender Richter am BGH Prof. Dr. Kloppenborg-Sternberg

Richter am BGH Havelhorst-Müntefering | Richterinnen am BGH Dr. Bergmann-Hülsmann, Radeck-Lütkebohm  
Karlsruhe, den 27. November 2024